

**NIEDERSCHRIFT Nr.: 16/S**

über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

- öffentlicher Teil -

am **Mittwoch, 23.11.2016, um 18.00 Uhr**

16. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 18.00 Uhr

Sitzungsende: 19.00 Uhr

---

Anwesend:

Vertreter des Senats

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Herr Ralf Behrend  
Frau Birgit Bergmann  
Herr Robert Bücking  
Herr Mustafa Güngör  
Herr Heiko Strohmann für Herrn Jörg Kastendiek  
Herr Andreas Kottisch (amt. Vorsitzender)  
Herr Max Liess  
Herr Dr. Volker Redder  
Herr Dieter Reinken  
Herr Klaus-Rainer Rupp  
Frau Alexandra Werwath

Von der Verwaltung

|                  |                        |
|------------------|------------------------|
| Herr Bruns       | Herr Peters            |
| Herr Brunßen     | Herr Poppinga          |
| Herr Cordßen     | Herr Sengstake         |
| Herr Drücker     | Herr Staatsrat Siering |
| Frau Jansen      | Frau Stellmacher       |
| Herr Dr. Kühling | Herr Wiebe             |
| Frau Niestädt    |                        |

Gäste

Frau Geber (WFB)  
Herr Dr. Haustein (WFB)  
Frau Harttung (Ortsamtsleitern Mitte/Östliche Vorstadt)  
Herr Bader (Beirat Mitte)  
Frau Olbrich (Beirat Mitte)  
Herr Rüppel (Beirat Mitte)

**Abg. Kottisch** eröffnet die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil. Er weist darauf hin, dass die Beschlussfassungen, die bereits in der Sitzung der staatlichen Deputation erfolgt seien, entsprechend auf die identischen Beratungsgegenstände der städtischen Deputation übertragen würden.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 15/S über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (öffentlicher Teil) vom 26.10.2016**

**Beschluss:**

Die Niederschrift wird **einstimmig** genehmigt.

**An die Deputation als Sondervermögensausschuss**

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Hafen  
Zwischenbericht zum 30.09.2016**

Vorlage Nr. 19/254-S

**Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Hafen nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2016 zur Kenntnis.

**An die Deputation**

**TOP 3 Produktgruppencontrolling  
hier: Controllingbericht Januar - September 2016**

Vorlage Nr. 19/245-L/S

**Abg. Frau Böschen** weist auf die Lage in der Opferentschädigung und Kriegsoferfürsorge mit perspektivisch steigenden Fallzahlen hin. Die vorgestellte Lösung im Rahmen eines Ausgleichs durch den Gesamthaushalt sei zwar zu begrüßen, zukünftig sollte die Finanzierung dieser Bereiche aber besser im Haushalt verankert und langfristig abgesichert werden.

**Abg. Rupp** bezeichnet den Umgang mit den potenziell ausstehenden EFRE- und ESF-Mitteln der vergangenen und aktuellen Förderperioden als dramatisch. Die potenziell ausstehenden Mittel für die Förderperiode 2007-2013 könnten offenbar erst im kommenden Jahr verbucht werden, während das Programm 2014-2020 offenbar bisher nur in geringem Umfang umgesetzt werde. Offen sei auch, ob ein Verfall der Wiedereingliederungsmittel für Langzeitarbeitslose drohe. Für die Auflösung der globalen Minderausgabe

von 9,9 Mio. € gebe es noch keine Lösung, wie es insgesamt für die bekannten Probleme keine verbindlichen Lösungskonzepte gebe.

**Herr Wiebe** führt aus, das alle EU-Förderprogramm der Förderperiode 2014-2020 in der Umsetzung seien, d.h. auch bereits Projekte bewilligt worden seien. Für die zurückliegende Förderperiode mit deren ausstehenden Mittelbewilligungen seien die vom Ressort vorgeschlagenen Maßnahmen von der Prüfbehörde inzwischen geprüft und gebilligt worden. Allerdings müssten diese Maßnahmen noch von der Kommission genehmigt werden. Es sei zwar wenig wahrscheinlich, aber ein Zahlungseingang der ausstehenden EFRE-Mittel sei noch in 2016 denkbar. Die globale Minderausgabe werde erst am 29.11.2016 im Senat aufgelöst werden.

**Frau Jansen** bestätigt, dass das ESF-Programm 2014-2020 im Vollzug sei. Die Mittel für die Förderung von Langzeitarbeitslosen seien übertragbar. Insgesamt könne sie ein normales Zahlungsgeschehen für den Arbeitsbereich feststellen.

**Abg. Rupp** präzisiert, ausweislich der Seite 2 des Berichtes gebe es im ESF-Bereich Mindereinnahmen von 4,3 Mio. € aufgrund fehlender formaler Voraussetzungen. Sollte dies normal sein, so hätten diese Mindereinnahmen Teil der Haushaltsaufstellung sein müssen und nicht nachgebucht werden sollen.

**Frau Jansen** erklärt, mit den formalen Voraussetzungen sei die Designierungsprüfung gemeint, die für Bremen noch nicht abgeschlossen sei. Insgesamt hätten in der Bundesrepublik überhaupt erst zwei Bundesländer diese Designierungsprüfung abgeschlossen. Sie ist von der Kommission neu - nach dem Start der Haushaltsaufstellung 2016/17 in Bremen - in die Programmgenehmigungen implementiert worden, sodass noch keine Erfahrungswerte zum Prüfverfahren vorlagen.

#### **Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis September 2016 zur Kenntnis.

#### **TOP 4 Beteiligungsbericht über das 1. - 3. Quartal 2016**

Vorlage Nr. 19/246-L/S

**Dep. Dr. Redder** hält den Bericht insgesamt für unverständlich. Es gebe laufend Irritationen durch unvollständig wirkende Tabellen. Des Weiteren ergäben die Bewertungsmilieus kein klares Bild. In diesem Zusammenhang stelle er auch die derzeitige Definition der Smilies in Frage. Seines Erachtens sollte der Bericht neu geschrieben werden.

**Abg. Kottisch** äußert Besorgnis hinsichtlich der Lage der Universum Management-GmbH, deren Ergebnis mit 172.000 € unter dem Plan liege. Er betont, dass das Universum nach wie vor eine gute Einrichtung mit starker Symbolkraft für den Strukturwandel in

Bremen sei. Erläuterungsbedarf sehe er für den Abbau von 32 Arbeitsplätzen am Flughafen.

**Abg. Rupp** schließt sich der formalen Kritik des Dep. Dr. Redder an. Die Lage am und um den Flughafen bitte auch er zu erläutern. Auffällig sei, dass die WFB ihre Defizite weiterhin aus Rücklagen ausgleichen müsse; es stelle sich die Frage, wie lange dies durchgehalten werden könne, ohne auf das Stammkapital zurückgreifen zu müssen.

**Abg. Frau Grobien** verweist auf die schon genannten Inkonsistenzen und wirft die Frage auf, ob der Beteiligungsbericht oder seine Methodik das richtige Controllinginstrument sei.

**Abg. Frau Bösch** fragt, wie den nicht zu beseitigenden Stellenvakanzen bei bremenports aufgrund der unzureichenden Bewerberlage begegnet werden solle.

**Staatsrat Siering** gibt zu bedenken, dass es sich um einen Zwischenbericht zum 3. Quartal des Jahres handle und man den Bericht zum Jahresende abwarten sollte statt diesen neu zu schreiben. Im Übrigen werde der Beteiligungsbericht nach den Vorgaben des Finanzressorts erstellt.

Im Falle des Flughafens fehle eine Zeile in den Erläuterungen; sie laute „beträgt **TEUR 3.000 einschl. der Auswirkung nach § 613a BGB**“. In diesem Zusammenhang weist er auf die Ausgliederung der Bodenverkehrsdienste hin, zu denen es noch keine Ausschreibungsergebnisse gebe.

bremenports leide unter einem Fachkräftemangel, sodass der Aufsichtsrat der Geschäftsführung den Auftrag erteilt habe, ein entsprechendes Rekrutierungsprogramm als kontinuierlichen Prozess zu Stellenbesetzungen zu entwickeln.

**Herr Dr. Kühling** erklärt zur Lage der WFB, dass diese inzwischen unter nachlassenden Erlösen aus dem Immobilienvermögen und -management leide und ohne eine Änderung der bisherigen Verhältnisse und Prozesse ab 2018 mit ernsthaften Problemen rechnen müsste. Insofern sei inzwischen ein Erneuerungsprozess eingeleitet worden, zu dem mit Vorlage Nr. 19/230-L/S unter TOP 12 ein Zwischenbericht gegeben werde.

Für das Universum sei nach der Neuaufstellung mit 10.000 Besuchern mehr gerechnet worden. Es sei nach wie vor die besucherstärkste Einrichtung dieser Art in Bremen, trotzdem sei das Ergebnis nicht vollbefriedigend, denn auch die Besucherstruktur mit einem stärkeren Kinder- und Jugendanteil belaste das Ergebnis zusätzlich. Den Problemen solle im Rahmen des noch aufzustellenden Wirtschaftsplans begegnet werden.

### **Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. – 3. Quartal 2016 zur Kenntnis.

Vorlage Nr. 19/247-L/S

Die Vorlage wird zurückgezogen.

## **TOP 6 Ausgleich von Personalmehrausgaben in den Produktplänen 31, 71 und 81**

Vorlage Nr. 19/259-L/S

Nach Ansicht des **Abg. Rupp** sei eine Beschlussfassung über diese Vorlage ohne Beschlussfassung des Senats zur Auflösung anderer Haushaltsrisiken eigentlich unmöglich. Inhaltlich vermisse er, dass zur Gegenfinanzierung keine Alternative entwickelt worden sei; die Konsequenzen weiterer Kürzungen blieben völlig unbeachtet. So habe etwa Hafenskapitän Mai in der vorangegangenen Sitzung des Hafenausschusses dargelegt, dass ein Aufgabenzuwachs mit bestehenden PEP-Quoten im HBH dauerhaft nicht in Einklang zu bringen sei; diese Einschätzung teile er – eher sehe er in Teilen der Bereiche in- zwischen einen Personalmangel. Des Weiteren gebe es zusätzliche Belastungen der Personalhaushaltes durch Rückkehrer sowie die bald zusätzlich aufzunehmenden Mitarbeiter von WFB und Stadtamt, die aber in Relation zu ihrem Aufgabenumfang tendenziell unterbesetzt seien. Insgesamt wirke dies alles konzeptlos auf ihn.

**Abg. Frau Grobien** signalisiert die Ablehnung ihrer Fraktion. Erschreckend sei die vorgesehene Finanzierung aus investiven Mitteln der geplanten Mittelweservertiefung. Das HBH sehe sie wie Abg. Rupp in einer kritischen Lage, die so nicht aufgelöst werden würde.

**Abg. Kottisch** äußert sich zustimmend zur Vorlage. Allerdings sei es Wunsch seiner Fraktion, dass die Finanzierung aus konsumtiven Mitteln erfolge; die investiven Mittel würden nur im Fall einer verfehlten konsumtiven Finanzierung eingesetzt werden.

**Herr Wiebe** erläutert, dass die Senatsbefassung eigentlich am 22.11.2016 erfolgt sein sollte, nun aber erst nächste Woche stattfinde, doch ein Deputationsbeschluss Voraussetzung für den Beschluss des HaFA sei.

Die vom Ressort bevorzugte Lösung sei eine Finanzierung aus konsumtiven Mitteln, und er sei auch vorsichtig optimistisch, dass dies gelingen werde, vorbehaltlich der ausstehenden Senatsbefassung. Diese würde insbesondere auch die Inanspruchnahme der konsumtiven Planungsreserve regeln. Davon wiederum sei abhängig, ob eine vollständige Abdeckung der Personalmehrausgaben durch konsumtive Mittel möglich sei.

Die PEP-Quoten seien global vorgegeben und würden damit nicht immer den tatsächlichen Bedarfen entsprechen. Augenfällig sei dies in der Tat beim HBH. Jedoch seien die senatorischen Dienststellen gefordert, mittels interner Priorisierung Einzelbelastungen ihrer Ämter aufzufangen.

Die EFRE-Prüfbehörde sei inzwischen in einer zentralen Prüfinstitution beim Finanzressort angesiedelt; das Personal habe aber laut der Vereinbarung der Ressorts ein Rück-

kehrrecht, das von vier der sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Anspruch genommen worden sei und somit zu einer zusätzlichen Belastung des Personalhaushaltes führe. Insgesamt sehe er den Personalbestand im Vergleich zur Kontraktphase mit dem Finanzressort der Jahre 2012-2015 gut aufgestellt. Nunmehr aber sei der Personalabbau angesichts des Aufgabenaufwandes in großen Teilen an die Grenze gelangt.

Auf Nachfrage des **Abg. Kottisch** bestätigt er, dass die Maßnahme „Mittelweser“ keinesfalls gefährdet sei.

**Abg. Rupp** verweist auf die Haushaltsanträge für die Beschlussfassung durch Haushalts- und Finanzausschuss (HaFA). Dort seien zum Teil kleinteilige Kürzungen aller Art verzeichnet, sodass sich die Fragen stellten, ob die Mittel tatsächlich nicht benötigt würden oder ob es sich um Kürzungen handele; zudem würden Haushaltsanträge zur Begründung auf die Deputationsvorlage verweisen, die in Sachen der Begründung aber sehr bedeckt gehalten sei. Insofern bitte er, dass im HaFA kurz skizziert werde, inwieweit sich die Kürzungen auswirkten und warum die Mittel nicht mehr im vorgesehenen Anschlag benötigt würden.

#### **Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Ausgleich der Personalmehrausgaben in Höhe von 1,316 Mio. Euro durch Einsparungen aus Personalmitteln in Höhe von 57 Tsd. Euro, aus konsumtiven Mitteln in Höhe von 1,146 Mio. Euro und aus Einnahmen aus dem Hafenslotsdienst in Höhe von 113 Tsd. Euro zu (Einzelheiten können den anliegenden Nachbewilligungsanträgen entnommen werden).

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU, DIE LINKE sowie der FDP.

### **TOP 7 Umstrukturierung des Wirtschaftsressorts - Bericht zur Verlagerung von Aufgaben aus dem Stadtamt zu SWAH**

Vorlage Nr. 19/240-L/S

**Abg. Frau Grobien** bemerkt eine Diskrepanz zwischen der Vorlage und dem Schreiben des Abg. Kastendiek und dessen Forderung nach einer Entscheidung durch die Deputation. **Staatsrat Siering** stellt dazu fest, es gebe noch nichts zu entscheiden; der Senat habe zunächst ein Projekt initiiert, an dessen Ende möglicherweise eine Umorganisation des Stadtamtes bzw. seiner Aufgaben stehe.

**Abg. Frau Grobien** gibt dazu den Hinweis, dass die Deputation abschließend entscheiden müsse.

Auf Nachfrage des **Abg. Rupp** unterstreicht **Staatsrat Siering**, es gebe aktuelle keine entscheidungsrelevanten Vorgänge; der Senat habe das erwähnte Projekt aufgesetzt,

dessen Ergebnisse am Ende der Deputation zur Beschlussfassung vorgelegt würden.

**Beschluss:**

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den vorgelegten „Bericht zur Verlagerung von Aufgaben aus dem Stadtamt zu SWAH“ zur Kenntnis.
2. Der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wird über den Projektfortschritt weiter berichtet.
3. Nach Abschluss des Umstrukturierungsprozesses wird das Ergebnis der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorgelegt.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 8 Änderung der Verordnung über Hafenauffangeinrichtungen und Abgaben für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände**

Vorlage Nr. 19/253-L/S

**Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Verordnung über Hafenauffangeinrichtungen und Abgaben für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände zu.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von CDU und FDP.

**TOP 9 Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung und der Bremischen Hafenordnung zum 01.01.2017**

Vorlage Nr. 19/252-L/S

**Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung und der Bremischen Hafenordnung mit Wirkung zum 01. Januar 2017 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von CDU und FDP.

**An die Deputation als Sondervermögensausschuss**

**TOP 10 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);  
Zwischenberichte zum 30.09.2016**

Vorlage Nr. 19/243-L/S

**Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Stadt) in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Stadt) nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2016 zur Kenntnis.

**TOP 11 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt**

**Zwischenbericht zum 30.09.2016**

Vorlage Nr. 19/255-S

**Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Überseestadt nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2016 zur Kenntnis.

**An die Deputation**

**TOP 12 Zwischenbericht über die Neuausrichtung wirtschaftspolitischer Instrumente des Landes und die Neuordnung der WFB**

Vorlage Nr. 19/230-L/S

**Herr Dr. Kühling** rekapituliert einleitend die vergangenen Umstrukturierungen der mit Wirtschaftsförderungsangelegenheiten betrauten Institutionen. Im Weiteren habe sich herausgestellt, dass sich die erwarteten Synergieeffekte, insbesondere zwischen dem Messebereich an der Bürgerweide und den im Kontorhaus angesiedelten Unternehmensteilen der WFB nicht im erwarteten Umfang eingestellt hätten. Die zunehmenden Finanzprobleme auf der Einnahmenseite und weiter steigende Löhne und Gehälter lassen inzwischen auf strukturelle Risiken schließen. Insofern habe der Senat einen Neuordnungsprozess eingeleitet. Die Planungen sähen vor, dass eine Integration der Innovationsabteilung der WFB in einer Innovations- und Industrieabteilung im Wirtschaftsressort vollzogen und eine Gesellschaft für Messe, Großmarkt und technischen Marktbetrieb geschaffen werde. Zudem soll eine Überprüfung der strategischen Flächenentwicklung erfolgen.

Weitere Einsparpotenziale sollten stellen- und aufgabenbezogen geprüft und gegebenenfalls gehoben werden; dabei würden die Beschäftigten transparent informiert.

Die Businesspläne für die zukünftig zwei Gesellschaften seien in Vorbereitung; er ist der Ansicht, dass im ersten Halbjahr 2017 Ergebnisse zur Beschlussfassung vorgestellt werden könnten.

**Abg. Frau Grobien** erinnert, dass bereits die letzte Zusammenführung der aktuellen Unternehmensbereiche umstritten gewesen sei. Sowohl Verfahren wie auch die Inhalte der jetzt anstehenden Neuorganisation betrachte sie kritisch, insbesondere die Integration ei-

ner Innovationsabteilung im Ressort. Im Übrigen mahnt sie die noch ausstehende Beschlussfassung der Deputation an.

**Abg. Rupp** hält zahlreiche Fragen für unbeantwortet. Völlig unklar sei, welche Kosten auf das Ressort zukämen, mit welchem Konzept und Auftrag die Innovationsabteilung integriert werden solle bzw. in welchem Verhältnis sie zur Abteilung Wirtschaft stehen werde. Der Umsetzungstermin zum 1.1.2017 sei unrealistisch; jedenfalls sehe er nicht, wie hierzu noch die Zustimmung der Deputation eingeholt werden könne.

**Dep. Dr. Redder** hält die Qualität in der täglichen operativen Arbeit durch die Innovationsmitarbeiter der WFB für gefährdet; aus seiner Sicht, auch in seinen Netzwerken geäußert, bestehe die Sorge, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zukünftig verstärkt mit ministeriellen Aufgaben betraut würden.

**Herr Dr. Kühling** unterstreicht, dass die Planungen aus der heutigen Vorlage nur einen Zwischenschritt darstellten.

Mit der dargestellten Integration der Innovationsabteilung im Ressort werde auch auf die veränderte Aufgabenstellung in diesem Bereich reagiert, die inzwischen eine engere Verzahnung strategischer und operativer Arbeit erfordere. Darüber hinaus würde auch der Verlust wertvoller Mitarbeiter im Innovationsreferat bei der senatorischen Behörde kompensiert. Er hebt hervor, dass die Integration der Innovationsabteilung im Ressort nur dann erfolgreich sein könne, wenn der Transfer der Handlungsfähigkeit aus der WFB ins Ressort gelinge. Die Abteilung solle weiterhin im operativen Tagesgeschäft mit direktem Kontakt zu Wirtschaft und Wissenschaft tätig sein.

Der Termin 1.1.2017 stehe nicht abschließend fest; die Deputation werde hierzu beteiligt.

**Abg. Kottisch** erklärt, dass in seiner Fraktion zunächst eine kritische Sicht auf die vorgelegte Planung geherrscht habe. Inzwischen überwiege aber die mit der Integration ins Ressort verbundene höhere Wertschätzung der Innovation insgesamt diese Bedenken. Im Zuge der weiteren Planung der Zusammenlegung einer Innovations- und Industrieabteilung im Ressort sollte geprüft werden, ob die BAB einige Aufgaben im operativen Geschäft kompensieren könne.

**Beschluss:**

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Stadt) nimmt den Bericht über die Neuaufstellung der WFB zur Kenntnis.

**TOP 13 Entwicklung des Areals der Galopprennbahn zur Umsetzung des Sofortprogramms  
Wohnungsbau**

**Kündigung des Pachtvertrages mit der Bremer Rennbahn GmbH**

Vorlage Nr. 19/257-S

**Herr Dr. Kühling** unterstreicht die Bedeutung des Projektes für die Stadt Bremen. Das prominent gelegene und attraktive Areal sei in einer wachsenden Stadt zu wertvoll für die bisherige Nutzung. Der prognostizierte Bevölkerungszuwachs und die damit verbundenen sozialpolitischen Probleme erforderten große, stadteigene Flächen, um den benötigten Zuwachs von Wohnraum steuern und realisieren zu können. Darüber hinaus sei auch das Mercedes-Benz-Werk am Ende seiner Flächenkapazitäten und benötigt mittelfristig werknahe Erweiterungsoptionen. Im Übrigen kämen ca. 60% der Mercedes-Belegschaft aus dem Umland – möglicherweise könnten mit einem besseren Wohnungsangebot einige dieser Mitarbeiter als Neubürger gewonnen werden.

Insgesamt biete das Areal die Möglichkeit, ein neues urbanes Quartier mit einer gesunden sozialen Infrastruktur zu entwickeln. Das Areal sei dem städtischen Sondervermögen Gewerbeflächen zugeordnet, sodass sich auch die städtische Wirtschaftsdeputation mit dem Vorhaben beschäftigen müsse. Die Planung und Realisierung solle im engen Dialog mit den lokalen Institutionen und Bürgern vorangetrieben werden. Die außerordentliche Kündigung für die Nutzung als Galopprennbahn sei Folge der Aufstellung des neuen Bebauungsplans für das betroffene Gebiet und der damit verbundenen Nutzungsänderung. Mit dem Pächter der Golfrange seien erste Gespräche geführt worden, um auch hier kurzfristig eine Lösung zu erreichen. Möglicherweise gebe es diesbezüglich auch Optionen für eine zeitlich befristete Parallelnutzung während der (Teil)-Realisierungsphasen.

**Abg. Strohmann** begründet die Ablehnung der CDU-Fraktion des Vorhabens in der geplanten Form. Insbesondere das Verfahren sei in großen Teilen missverständlich von städtischer Seite geführt worden, vor allem die Beiräte seien unzufrieden; außerdem sei nach eigener Aussage mit dem Pächter der Golfrange noch nicht gesprochen worden. Insgesamt wirke dies wie ein Schnellschuss.

**Abg. Bücking** unterstreicht die Bedeutung des Areals für die weitere Stadtentwicklung und verdeutlicht die rechtlichen Zusammenhänge zwischen erforderlicher Kündigung und Aufstellung des neuen Bebauungsplans. Gerade deshalb müsse die Entwicklung im Dialog weitergetrieben werden. Er gibt zu bedenken, dass der Osten Bremens insgesamt starken Veränderungen unterworfen sei. Er sehe die Politik in der Pflicht, über die Zukunft des Bremer Ostens insgesamt nachzudenken und die Bürger der Stadt- und Ortsteile insgesamt mitzunehmen.

**Abg. Rupp** signalisiert grundsätzliche Zustimmung zum Konzept. Er konstatiert weiter einen Mangel an öffentlich verfügbaren Grundstücken insgesamt und plädiert daher dafür, das Grundstück im städtischen Eigentum zu belassen und den neuen Wohnungsbestand in kommunaler Hoheit zu entwickeln. Unabhängig davon müsse den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit zur Beteiligung an der Beplanung und Entwicklung des Areals gegeben

werden.

**Abg. Frau Grobien** stellt klar, dass die CDU-Fraktion nicht der generellen Planung verschlossen sei; im Wesentlichen richte sich die Kritik gegen Verfahren und Kommunikation. Im Übrigen sollte bedacht werden, dass die Entwicklung des Areals auch unter städtebaulichen Aspekten betrachtet werden und etwa im Rahmen eines Wettbewerbs erfolgen müsste.

**Abg. Kottisch** hebt hervor, dass es heute lediglich um die juristische Absicherung der Kündigung gehe. Vorfestlegungen etwaiger Planungen seien damit nicht verbunden.

**Herr Dr. Kühling** erklärt, mit dem Eigentümer der Golf-Anlage mit Sitz in München sei bereits im April d.J. der Gesprächsfaden aufgenommen worden. Weitere Gespräche seien vereinbart ab dem Zeitpunkt, an dem neue Planungen konkreter würden. Dies sei mit der Kündigung und dem neuen Bebauungsplan nunmehr eingetreten. Über die interne Kommunikation zwischen Eigentümer in München und dem Pächter in Bremen sei das Ressort nicht informiert.

#### **Beschluss:**

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den angestrebten Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplans sowie einer entsprechenden Änderung des Flächennutzungsplans und die damit verbundenen Zielsetzungen zur Entwicklung des Geländes der Galopprennbahn zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt auf der Grundlage der für das Gelände der Galopprennbahn bestehenden Planungsziele die vorgesehene Kündigung im Falle der Aufstellung des Bebauungsplanes des mit der Rennbahn GmbH bestehenden Pachtverhältnis mit Wirkung zum 31.12.2017 zur Kenntnis.

#### **TOP 14 Perspektiven für die Entwicklung des Ansgariquartiers in der Bremer Innenstadt**

Vorlage Nr. 19/236-S

Vorab wird eine Austauschseite mit einem ergänzten Beschlussvorschlag verteilt.

**Herr Dr. Kühling** erläutert, mit dieser Vorlage werde für den Lloyd-Hof (LH) eine klare Perspektive im Wege eines Verkaufs geschaffen. Die Alternative einer Entwicklung eines Shopping-Centers sei vom Perspektivkreis Ansgaritor verworfen worden. Stattdessen empfehle dieser den Verkauf mit dem Ziel eines Refurbishments, an dessen Ende ein gemischtgenutztes Gebäude mit Einzelhandel und Gastronomie im Erdgeschoss stehen solle. Für die weiteren Etagen böten sich die Nutzungsarten Wohnen, Praxen, Hotel und Freizeiteinrichtungen an.

Für den Verkauf werde das Höchstpreisverfahren angestrebt; es solle mit der Auflage verbunden werden, grundlegende Fassadenänderungen mit einem Wettbewerb zu beplanen.

Sobald die Planungen für den LH abgeschlossen seien, werde ein Umbau des Brill- Parkhauses eingeleitet. Eine Öffnung der Gebäude zur Knochenhauerstraße solle ebenfalls angelegt werden.

Die Alternative, das Gebäude im Eigenbestand weiter zu betreiben und zu entwickeln, scheide aufgrund eines inzwischen festgestellten Sanierungs- und Investitionsbedarfs und der damit verbundenen Unwirtschaftlichkeit aus. Der Verkauf solle kurzfristig über eine Ausschreibung erfolgen, sodass ein Abschluss im Laufe des nächsten Jahres zu erwarten sei.

Für den Beirat Mitte stellt **Herr Rüppel** die Position dar. Er verweist auf die bekannten und dargestellten Beiratsbeschlüsse und Bedenken. Er rekapituliert, dass die Aufwertung der westlichen Innenstadt - auch im Zusammenhang mit der Gestaltung des öffentlichen Raums, Querungsmöglichkeiten breiter Straßen, Wohnen – breit diskutiert worden sei. Konkrete Eingriffsmöglichkeiten seien mit dem Kauf des LH durch die Stadt geschaffen worden; das anschließende Scheitern der Pläne für ein City-Center sehe er aber nicht an den stadtplanerischen und stadtentwicklungspolitischen Vorgaben gescheitert. Er halte die Immobilie nach wie vor für einen wichtigen Anker zur Gestaltung für die Stadt. Gleichwohl nehme der Beirat die mit der Immobilie verbundenen laufenden Kosten und die Sanierungskosten zur Kenntnis, doch sei es bedauerlich, wenn Alternativoptionen ungeprüft verworfen würden. Das vorgesehene Refurbishment begrüße der Beirat durchaus; kritisch bewerte er das gewählte Höchstpreisverfahren, denn in einem Verhandlungsverfahren könnte ein verbindliches Nutzungskonzept zur Auflage gemacht werden. Insofern sehe er es als der Öffentlichkeit schwer vermittelbar an, wenn die Stadt Steuerungs- und Gestaltungsoptionen aus der Hand gebe.

**Abg. Bücking** erkennt die strategischen Entwicklungsansätze des Beirates an und spricht dem Beirat Mitte ein Kompliment für die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Problematik aus. Gleichwohl komme er zu einer anderen Schlussfolgerung. Er erinnert, dass mit der ursprünglichen Planung des City-Centers eine sehr kleinteilige Wunschplanung eingeleitet worden sei; dieser Ansatz müsse als gescheitert angesehen werden, sodass die Immobilie alle mit ihr verbundenen Erwartungen nicht mehr tragen und entsprechen könne. Somit stehe nur noch das Bestandsgebäude als Entwicklungskern im Ansgariquartier im Fokus – mit den vorgeschlagenen Mindestbedingungen für das Gebäude seien die Einflussmöglichkeiten Bremens hinsichtlich einer qualitativen äußeren Erscheinung dann erschöpft; hinsichtlich der Nutzung sollte von weiteren Bedingungen abgesehen werden. Die Vorlage biete einen tragfähigen Lösungsansatz für die Entwicklungen im Ansgariquartier. Diese müsste darüber hinaus mit einer mittelfristig zu entwickelnden strategischen Neuorientierung der Innenstadt verbinden lassen.

**Abg. Kottisch** meint, für das Scheitern des City-Centers gebe es eine Vielzahl von Grün-

den. Insgesamt halte er den Entwicklungsprozess in der Rückschau für relativ beladen. Vor diesem Hintergrund halte er einen Verkauf im Höchstpreisverfahren unter konkret formulierten Mindestbedingungen für das Mittel der Wahl; auch eine gegebenenfalls Ergänzung durch einen Architektenwettbewerb bei größeren Eingriffen in die Fassade sei eine gute Lösung. Das vom Perspektivkreis anvisierte Nutzungskonzept mit einer Einzelhandelsorientierung sollte so umgesetzt werden; kritisch sehe er dagegen die in der Presse erwähnten Optionen hinsichtlich eines Hotels oder Freizeiteinrichtungen. Er erinnert weiter an das Innenstadtprogramm 2025 als gültigen Entwicklungsrahmen; damit verbunden sei die Erwartung, die Innenstadt nicht als abhängig von diesem Thema zu betrachten.

**Abg. Strohm** bedauert, dass nicht schon frühzeitig auf die Ursachen der Entwicklungsprobleme der Innenstadt abgestellt worden sei. Der Blick habe sich überwiegend auf die Entwicklung zusätzlicher Einzelhandelsflächen gerichtet und dabei die Entwicklung von Lauf- und Bummelflächen zur Schaffung von Aufenthaltsqualität völlig vernachlässigt. Dazu verweist er auf die entsprechenden Vorschläge der CDU im Rahmen der vergangenen Entwicklungsprozesse zum Ansgariquartier. Mit der aktuellen Entwicklung befürchte er einen Verkauf des LH deutlich unter dem Kaufpreis; zusätzlich beraube sich die Stadt damit aller nachhaltigen und zielgerichteten gestalterischen Optionen. Seines Erachtens werde die Innenstadt nicht ohne echte Rundläufe neu orientiert werden können; man sollte dafür weiter den Kontakt mit den großen Kaufhäusern und den Eigentümern suchen.

**Abg. Rupp** versteht die Planung, das Gebäude auf jeden Fall zu veräußern, als stadtentwicklungspolitische Kapitulation. Seines Erachtens dürfte für die Finanzierung des LH-Kaufs von 25 Mio. € mindestens noch mittelfristig keine Zinsbelastung anfallen. Bezüglich der Wirtschaftlichkeit einer Entwicklung des LH im Eigengeschäft fehle die Darstellung finanzieller Auswirkungen durch den Sanierungsstau. Er halte es auch für widersprüchlich, dass eine Entwicklung des LH durch die öffentliche Hand scheitern würde, während ein privates Invest auf jeden Fall als erfolversprechend zu gelten schein

**Abg. Frau Grob** sieht einen Widerspruch zwischen dem gewählten Höchstpreisverfahren und anschließender Belastung des Gebäudes durch Bedingungen hinsichtlich Gestaltung und gegebenenfalls Nutzung.

**Dep. Dr. Redder** begrüßt die Verkaufsplanungen als richtig.

**Frau Hartung** erkennt in der Deputation eine relativ einhellige Stimmung. Sie bemerkt, dass über Bedingungen für die Fassadengestaltung hinaus diese zuvor konkret benannt werden müssten. Des Weiteren sei nach ihrer Einschätzung eine Belebung der Innenstadt nicht ohne die Ausweitung des verfügbaren Wohnraums zu gestalten; diesbezüglich sollte

der LH nicht verloren gegeben werden.

**Abg. Bücking** hält einen Rundlauf in der Innenstadt ebenfalls für notwendig, doch sei nach den bisherigen Erfahrungen die Entwicklung eines Rundlaufs ohne die erforderlichen Partner in der Innenstadt zum Scheitern verurteilt. In Richtung des Abg. Rupp gibt er zu bedenken, dass eine Sanierung sowie die weitere Entwicklung oder ein Refurbishment durch die Stadt ebenfalls finanzielle Mittel benötigt hätte, die von der Stadt kaum aufzubringen wären.

Wohnen in der Innenstadt sehe er als berechtigte Forderung; er begrüßte es, sollte es gelingen, Wohnraum im LH zu verankern. Letztendlich müssten aber die Ziele prioritär abgearbeitet werden. Daraus folge, dass zunächst die vorgesehene Nutzung mit Einzelhandel und Gastronomie im Erdgeschoss organisiert, die Immobilie und anschließend der westliche Bereich attraktiv gestaltet würden und damit Impulse für die Vitalisierung der Innenstadt gegeben werden könnten.

**Abg. Kottisch** sieht mit dem Verkauf die Gestaltungsmöglichkeiten nicht verloren; auch die im Perspektivkreis formulierten Ziele und Vorstellungen gingen nicht verloren, sondern sollten Eingang in die zu formulierenden Bedingungen finden.

#### **Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Empfehlungen des eingesetzten Perspektivkreises Ansgaritor zur Kenntnis und hält sie für eine geeignete Grundlage für die Weiterentwicklung des Ansgariquartiers.

Bezüglich der äußeren Gestalt des Lloydhofes spricht sich die Deputation dafür aus, eine angemessene architektonische Qualität zu sichern. Dabei ist der Umgebungsschutz zum Angarikirchhof zu beachten. Für den umfassenden Eingriff in die Fassade erfolgt deshalb die Auflage zur Durchführung eines Fassadenwettbewerbs.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktion der CDU und DIE LINKE.

### **TOP 15 Berichtsbitte der Bürgerschaftsfraktionen der CDU und FDP zur Vermarktung des Gewerbegebiets Bremer Wollkämmerei**

Vorlage Nr. 19/260-S

**Dep. Dr. Redder** hält die Aufbereitung in der Vorlage für unglücklich. Es sei undeutlich geblieben, wie lange Reservierungen gehalten würden und wann sie in konkrete Verkäufe umgesetzt würden. Irritierend sei die relativ starke Konzentration auf Inbound-Marketing; seines Erachtens verspreche Outbound-Marketing stärkere Effekte. Dazu bemerkt er, dass die Informationen auf der Internetseite der WFB nur ungenügend aufbereitet seien.

**Frau Geber** schildert, dass ein potenzieller Investor eine Flächenreservierung erst mit der Vorlage einer Projektskizze erhalte; diese Reservierung werde etwa 2-3 Monate gehalten und gegebenenfalls dann verlängert, sofern es konkrete Aktualisierungen und Projektfortschritte gebe, etwa in Form einer Bauvoranfrage. Darüber hinaus würden kostenpflichtige und notariell beglaubigte Optionsverträge geschlossen.

Das Marketing erfolge durch die WFB nicht nur Inbound; die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter initiierten auch mittels aktiver Unternehmenskontakte die Grundstücksgeschäfte. Die Vermarktungsexposés würden offensiv über diverse Internetkanäle verbreitet, es gebe einen Newsletter und die WFB stehe natürlich auch telefonischen Kontakten aufgeschlossen gegenüber.

**Dep. Dr. Redder** kritisiert, dass Telefonvermarktung klassisches Inbound-Marketing sei; die WFB vergebe damit größere Vermarktungschancen. Die für Mittelständler klassische Flächengröße von 200-500 m<sup>2</sup> habe er unter den veröffentlichten Dokumenten nicht finden können; ein Exposé zum BWK-Gelände ebenfalls nicht.

Auf Vorschlag des **Abg. Kottisch** werden Frau Geber und Dep. Dr. Redder diese und weitere Detailfragen im bilateralen Austausch klären.

**Beschluss:**

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Vermarktung des Gewerbegebietes Bremer Wollkämmerei zur Kenntnis.

**TOP 16 Sachstand Konzept zur Anpassung der Liegegebühren an der Schlachte/Tiefer**

Vorlage Nr. 19/264-S

**Beschluss:**

Die städtische Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Sachstandsbericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zum Konzept zur Anpassung der Liegegebühren an der Schlachte/Tiefer vom 19. September 2016 zur Kenntnis und bitten um Weiterleitung desselben über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 18 Verschiedenes**

**Risse im Universum**

Mündlicher Bericht

Aufgrund der Abwesenheit des Abg. Rupp bietet **Herr Dr. Kühling** einen schriftlichen Bericht für die nächste Sitzung an. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abg. Kottisch** schließt die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

---

Kottisch  
- Vorsitzender -

---

Für die Protokollführung  
Sengstake

**Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel aller Ressorts**

| <b>Prioritätsachse</b>     | <b>verfügbar <sup>1)</sup></b> | <b>beschlossen <sup>2)</sup></b> | <b>verausgabt <sup>3)</sup></b> |
|----------------------------|--------------------------------|----------------------------------|---------------------------------|
| Achse 1 - Innovation       | 48.140.858                     | 25.520.000                       | 0                               |
| Achse 2 - KMU              | 13.012.593                     | 5.953.000                        | 0                               |
| Achse 3 - CO2              | 18.543.844                     | 4.228.904                        | 0                               |
| Achse 4 - Stadtentwicklung | 13.021.921                     | 6.808.500                        | 0                               |
| Achse 5 - Technische Hilfe | 4.120.854                      | 4.120.854                        | 0                               |
| Programm insgesamt         | 96.840.070                     | 46.631.258                       | 0                               |

<sup>1)</sup> Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

<sup>2)</sup> In Deputationen, Parlamausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

<sup>3)</sup> Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

**Vorhabenliste aller Ressorts**

| <b>Lfd. Nr.</b> | <b>Gremium</b>                      | <b>Sitzungsdatum</b>     | <b>Vorlage / Projekt</b>  | <b>Achse</b> | <b>Laufzeit</b> | <b>beschlossen</b> | <b>verausgabt</b> |
|-----------------|-------------------------------------|--------------------------|---|--------------|-----------------|--------------------|-------------------|
| 1               | Deputation SWAH<br>HaFA             | 13.11.2014<br>12.12.2014 | City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)                      | 4            | 2015            | 70.000             | 0                 |
| 2               | Deputation SWAH<br>HaFA             | 13.11.2014<br>12.12.2014 | City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)                             | 4            | 2015            | 70.000             | 0                 |
| 3               | Deputation SWAH<br>HaFA             | 03.12.2014<br>12.12.2014 | Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-innen und Young Professionals (BRUT) | 2            | 2015-2017       | 623.000            | 0                 |
| 4               | Deputation SWAH<br>HaFA             | 03.12.2014<br>12.12.2014 | Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)   | 2            | 2015-2017       | 465.000            | 0                 |
| 5               | Deputation SWAH<br>HaFA             | 04.02.2015<br>13.02.2015 | Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-                   | 1            | 2015-2021       | 1.800.000          |                   |
| 6               | Wissenschafts-<br>ausschuss<br>HaFA | 24.02.2015<br>13.03.2015 | Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau  | 1            | 2015-2020       | 6.000.000          | 0                 |

| Lfd. Nr. | Gremium                             | Sitzungsdatum            | Vorlage / Projekt  | Achse       | Laufzeit                      | beschlossen                         | verausgabt  |
|----------|-------------------------------------|--------------------------|--|-------------|-------------------------------|-------------------------------------|-------------|
| 7        | Wissenschafts-<br>ausschuss<br>HaFA | 24.02.2015<br>13.03.2015 | Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie-<br>Feldmessungen 2. Phase  | 1           | 2015-2018                     | 950.000                             | 0           |
| 8        | Deputation SWAH                     | 30.09.2015               | Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)   | 2           | 2016/2017                     | 915.000                             | 0           |
| 9        | Deputation SWAH                     | 02.12.2015               | Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der<br>„Deutschen See“, Klußmannstraße  | 3           | 2016/ 2017                    | 478.904                             | 0           |
| 10       | Deputation SWAH<br>HaFA             | 02.12.2015<br>10.12.2015 | City- und Stadtteilmarketing und -management<br>Gröpelingen und Kultur Vor Ort   | 4           | 2016/ 2017                    | 280.000                             | 0           |
| 11       | Deputation SWAH<br>HaFA             | 10.12.2015<br>10.12.2015 | Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020<br>(LuRaFo)   | 1           | 2015-18                       | 5.110.000                           | 0           |
| 12       | Deputation SWAH<br>HaFA             | 11.05.2016<br>20.05.2016 | Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am<br>Wendebecken  | 4           | 2016-18                       | 4.358.500                           | 0           |
| 13       | Deputation SWAH<br>HaFA             | 11.05.2016<br>20.05.2016 | Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung<br>von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung<br>von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI) | 1           | 2016-18                       | 5.885.000                           | 0           |
| 14       | Deputation SWAH<br>HaFA             | 11.05.2016<br>20.05.2016 | Technische Hilfe   | 5           | 2016-21                       | 4.120.854                           | 0           |
| 15       | Deputation SWAH<br>HaFA             | 10.08.2016<br>16.09.2016 | Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE-<br>Wagniskapitalfonds  | 1<br>2<br>3 | 2016-19<br>2016-19<br>2016-19 | 5.300.000<br>3.950.000<br>3.750.000 | 0<br>0<br>0 |
| 16       | Deputation SWAH<br>HaFA             | 07.09.2016<br>16.09.2016 | Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven   | 4           | 2016-19                       | 2.030.000                           | 0           |
| 17       | Deputation SWAH<br>HaFA             | 26.10.2016<br>04.11.2016 | FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das<br>EcoMaT   | 1           | 2017-19                       | 475.000                             | 0           |

# Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 26.10.2016)

Anlage 2

| Lfd. Nr. | Auftrag/Berichtswunsch  | Datum des Auftrages | Fragesteller                   | Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am |
|----------|---|---------------------|--------------------------------|--|
| 2.       | Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013<br>Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten                       | 09.09.2015          | Abg. Kastendiek<br>Abg. Rupp   | <b>zuletzt</b> 07.09.2016                              |
| 8.       | Entwicklung Gewerbepark Hansalinie  | 04.11.2015          | Abg. Fecker                    | 1 x jährlich (zuletzt mit Vorlage)                     |
| 9.       | tz Berichterstattung der Entwicklung  | 04.11.2015          | Abg. Fecker                    | 1 x jährlich (zuletzt: 26.10.2016)                     |
| 15.      | Bremen-Nord-Konzept   | 10.02.2016          | Abg. Kastendiek                |  |
| 17.      | Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus   | 11.05.2016          | Abg. Kottisch                  | Zweite Jahreshälfte 2016                               |
| 19.      | Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenfinanzierung / Aktualisierung des Sachstandes zum Prüfverfahren der Kommission | 11.05.2016          | Abg. Kastendiek                | November/Dezember 2016<br>vorgesehen für März 2017     |
| 20.      | Entwicklung des Luftfahrtstandortes Bremen<br>Einschätzung durch den GF der Flughafen Bremen GmbH                                     | 11.05.2016          | Abg. Fecker<br>Abg. Kastendiek |  |
| 21.      | Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung<br>Evaluierung   | 10.08.2016          | Abg. Rupp                      | Nach 1 Jahr Laufzeit, Anfang 2018                      |
| 22.      | Landesprogramm "Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen"<br>Evaluierung    | 10.08.2016          | Abg. Rupp<br>Abg. Fecker       | zum Sommer 2017  |
| 23.      | Kajensanierung im Kaiserhafen III<br>Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption  | 10.08.2016          | Abg. Rupp                      |  |
| 24.      | Konzept zur Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven im Jahr 2017                           | 10.08.2016          | Abg. Rupp                      | Anfang 2017  |
| 25.      | Jugendberufsagentur   | 07.09.2016          | Abg. Kastendiek                | ½ jährlich, Mai 2017                                   |
| 28.      | Ergebnis des Markterkundungsverfahrens zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur  | 26.10.2016          | Abg. Rupp                      |  |
| 29.      | Weiterentwicklung der Zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben<br>Optimierung der Vergabestrukturen                | 26.10.2016          | Abg. Rupp                      | 1. Halbjahr 2017                                       |